

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die SPD Fraktion unterscheidet den vorliegenden Entwurf in zwei Teile. Einen größeren Teil, der auch für uns unumstritten sein könnte, sowie einen hoch umstrittenen, dem wir unsere Zustimmung auf jeden Fall verweigern.

Doch zunächst möchte ich der Kämmerei für ihre Arbeit danken. Der Entwurf ist handwerklich in Ordnung und die für uns umstrittenen Teile sind rein politischer Natur und haben mit der Arbeit der Kämmerei nichts zu tun.

Zu dem was unumstritten sein könnte gehören die Jugendpolitik, die Schulpolitik und die Sport- und Freizeitpolitik. In allen drei Bereichen ist die Stadt Troisdorf unter den Besten im Lande und es überrascht sie sicher nicht, wenn ich für alle drei Bereiche eine Art politischer Vaterschaft für die Troisdorfer Sozialdemokraten beanspruche.

Diese Stadt war und ist führend in der Betreuung der unter Dreijährigen, der unter Sechsjährigen und in der Ganztagsbetreuung im Schulbereich. Als sie die Verantwortung für diese Stadt von uns übernahmen, da gab es jede staatliche Schulform in Troisdorf sowohl in Halbtags- als auch in Ganztagsform. Die erbitterten Kämpfe um die Ganztagsbetreuung und um die Gesamtschule waren vergessen. Sie haben nicht nur nichts zurückgedreht, sondern sie haben mit Augenmaß und der Hilfe fähiger Schulleiter das weiterentwickelt was wir begonnen hatten. Das sie in diesen Bereichen unsere Positionen übernommen haben ist übrigens eines unserer Probleme *in der politischen Wahrnehmung*.

Doch dieser Konsens war gut für die Stadt. Wollen sie ihn nun wirklich durch die Ablehnung einiger unserer Anträge im Sozialbereich sowie zur Begabtenförderung im Kultur- und Kunstbereich in Frage stellen? Auch die Ablehnung des von uns beantragten Unternehmerpreises ist für uns unverständlich. Herr Bürgermeister wenn sie sich dem Thema „Familiengerechte Arbeitszeit“ entziehen, dann werde ich diesen Preis ausloben. Aber das wäre nur der zweitbeste Weg. Es wäre gut wenn wir die paar Euro für diese Anträge im Laufe des Jahres noch finden würden.

Im Sportbereich hatten wir mit Dr. Wim Nöbel und Gerd Lindner zwei Ausschussvorsitzende, die wohl die teuersten Vorsitzenden waren, die eine Stadt je ~~Abte~~ dank einer vorausschauenden Gewerbeansiedlungspolitik, die im Übrigen auch heftig umstritten war, konnten und können wir uns das leisten.

Mir wird Angst und Bange wenn ich an die Kommission denke, die nun von der Bundesregierung zur Neuordnung der Kommunalfinanzen eingesetzt worden ist. Den Nachrichten war zu entnehmen, man denke an einen höheren Anteil der Kommunen an der Lohn- und Einkommensteuer. Das sind derzeit 15%. Eine Erhöhung würde eine Minderung bei Bund und Ländern bedeuten. Ja wer glaubt denn so etwas. Die gehen doch beide selbst am Stock. Ich weiß aus Gesprächen mit FDP Kollegen im Bundestag, dass man daran denkt den Kommunen ein eigenes Heberecht zur Einkommensteuer zu gewähren. Dann wäre die Lohn- und Einkommenssteuer in machen Kommunen 110% und in anderen 120%. Die Gewerbesteuer würde dann abgeschafft. Im Klartext heißt das, die Steuerlast wird immer mehr auf jene geladen die Lohn- bzw. Einkommensteuer und Verbrauchssteuern zahlen. Ein Trend der seit fast 50 Jahren anhält. Zu Adenauers Zeiten trugen Industrie und Gewerbe noch mit ca. 33% zur Staatsfinanzierung bei. Demnächst wären es dann fast 0%. Eine Entwick-

lung die ich eher für bedenklich halte und es wäre gut wenn solche Tendenzen demnächst von NRW aus im Bundesrat gestoppt werden könnten.

Meine Damen und Herren, es gibt zwei Bereiche mit denen wir ganz und gar nicht einverstanden sein können und das wird auch niemanden wirklich überraschen. Dass sie unseren Antrag abgelehnt haben, die Wirtschaftsförderung im Dezernat des Bürgermeisters zu organisieren, hat *uns* doch sehr überrascht. Ich *halte* es für ein positives Signal nach draußen, wenn erkennbar wäre, dass die Gewerbeansiedlung und deren Betreuung das Geschäft der Nummer 1 *dieser Verwaltung, das des Bürgermeisters* wäre.

Dass sie den technischen Dezernenten entgegen den Bestimmungen der Hauptsatzung so rasiert haben, *dass heute mehr technische Bereiche außerhalb sind als innerhalb des Dezernates*, kann nur als Kampfansage an uns verstanden werden. ~~Das~~ dies auch noch die Billigung der Kommunalaufsicht erhält, zeigt mir *erneut*, dass diese Aufsicht als verlängerter Arm der Politik fungiert. 60 Jahre CDU Mehrheit im Kreis sind einfach zu lange. Demokratie lebt vom Wechsel und auch die Koalition der CDU mit den Grünen hat an den Strukturen im Kreis nichts verändert.

Der zweite Bereich mit dem wir nicht einverstanden sind, ist *die* Stadtentwicklungspolitik. Immer dann, wenn sie die Planungspolitik in dieser Stadt bestimmt haben, hat es für die Stadt schlimme Fehler gegeben. Viele erinnern sich noch an die Zeit der frühen 70er, als sie mit absoluter Mehrheit regierten. Das große Loch an der Ecke Siebengebirgsallee und Frankfurter Str. hat uns viele Jahre an diese Zeit erinnert, ebenso das Hochhaus an der Haberstr. und der weltberühmte Kaiserbau. Wir haben das mühsam korrigieren müssen. Und seit 1999?

An der Ecke Hippolytusstr./Kölner Str. haben sie viel Geld versenkt um am Ende eine Lösung zu verwirklichen, die man schon Jahre zuvor hätte haben können.

Auf dem Gelände des gesprengten Kaiserbaus sollte eine Art Silikon Valley entstehen. Ich freue mich von ganzem Herzen, dass die Lebenshilfe hier ein neues Zuhause finden wird. Aber geplant war das nicht.

Was wurden uns vor Jahren für schöne Bilder vom neuen Bahnhof gezeigt. Der Bürgermeister versprach in den Zeitungen Fertigstellungstermine die nun seit Jahren vorbei sind.

Am alten Wasserwerk sollte ein tolles Hotel entstehen, das Gäste zur Fußball WM 2006 aufnehmen sollte. Heute freuen wir uns darüber, dass dort ein städtischer Kindergarten *steht*.

135 Millionen Euro sollten um das alte DN Hochhaus herum investiert werden. Alles nur heiße Luft und Gott sei es gedankt, gescheitert.

Das Canisiushaus wird es so im nächsten Jahr nicht mehr geben. Eine Stadt von 76.000 Einwohnern wird dann ohne Kolpinghaus sein. Was haben sie eigentlich bisher unternommen um das zu verhindern

Und dann ihr neuester Clou. Die Poststr. sollte direkt auf die Sieglarer Str. geführt werden. Das wollten wir schon. Aber wir wollten das über die Strasse „Am Bahndamm“ machen und damit gleichzeitig die Wohnungen unmittelbar an der Bahn wegnehmen. Sie wollten das über die Grundstücke der Fa. Lindenberg am Stationsweg und der GWG an der Ohmstr. und Sieglarer Str. machen. Sie haben das Gebäude der Firma Lindenberg gekauft und dann die Grundstücke der GWG. Sie haben hier um der Strasse willen an die 40 hochwertige und preiswerte Sozialwohnungen abge-

rissen. Mit all dem menschlichen Leid das mit solchen Umsiedlungen verbunden ist. Dann haben sie neu nachgedacht, lassen nun den Straßenverlauf wie er ist und verkaufen die unter falschen Voraussetzungen erworbenen Grundstücke zum Zwecke des Wohnungsbaus. Nur das nun statt 40WE 80 entstehen. Das ganze wird die Stadt am Ende eine Menge Geld gekostet haben und dass auf dem Grundstück dann doppelt so viele Menschen leben werden macht die Sache auch nicht besser.

Und dann das Bürgerhaus. Zu Beginn ihrer Mehrheit wollten sie es abreißen. Eine Bürgerversammlung 2001 hat sie das *Fürchten* gelehrt und sie haben Abstand davon genommen. Mehrfach haben sie der Öffentlichkeit mitgeteilt das Haus nun zu renovieren. Entsprechende Zeitungsartikel sind ihnen ja auch bekannt. Alles Lüge. Die Menschen sollten beruhigt werden. Sie haben das Haus verkommen lassen und nichts zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt unternommen. Dann der nächste Versuch mittels Einkaufszentrum das Haus Geschichte werden zu lassen. Stümperhaft vorbereitet und am Ende der selbst *gesetzten* Zeitvorgabe gescheitert.

- Sie haben den Willen der Menschen missachtet und am Ende dennoch die Kommunalwahl gewonnen. Mit Versprechungen, die sie nun wieder nicht halten können. Im Gegenteil. Sie wollen heute den Beschluss von vor der Kommunalwahl aufheben, der sie verpflichtete erst dann eine neue Stadthalle zu bauen, wenn das Einkaufszentrum im Bau ist. Ich nenne das schlicht Wählerbetrug. Sie nehmen eine Brache in der Innenstadt, aus ideologischen Gründen, sehenden Auges *und billigend* in Kauf.
- Wir bitten sie herzlich kehren sie um, verlassen sie diesen Irrweg. Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Innenstadt. 15 Millionen haben sie für das Vorhaben Stadthalle im Haushalt. Ohne Parkhaus ohne Außenanlage *ohne Grundstück ohne Technik und Inneneinrichtung*. Zu wenig und sie wissen es auch. Aber für die Renovierung des alten Hauses reicht es.

Auch bei anderen Vorhaben haben sie mit zu wenig Geld gerechnet und müssen nun nachschießen. Beim Fischereimuseum und beim Industriemuseum an der Burg *Wissem*.

Jahrelang haben sie den Eindruck erweckt sie könnten *auf überörtliche Vorhaben* Einfluss nehmen. EL 332, Eisenbahnbrücke FWH, Siegbrücke nach Menden. Nun, da das Baurecht greifbar nahe ist werden sie zeigen müssen was sie können. Ich fürchte nicht viel.

Wir möchten den Stadtentwicklungsplan erneuern und einen Masterplan Innenstadt entwickeln. Beides lehnen sie ab. Ich erwähne das hier noch einmal, damit es im Wortprotokoll steht und spätere Generationen nachlesen können, wer für bestimmte Fehlentwicklungen die Verantwortung trägt.

Meine Damen und Herrn,

fast zwei Jahrzehnte war auch die Industrie- und Gewerbepolitik unumstritten. Das scheint sich nun zu ändern. Wenn ein führendes Mitglied der CDU der Industrie in Troisdorf vorwirft, hier nur „schmutziges“ Geld verdienen zu wollen, dann ist das schon starker Toback. Dabei war doch zumindest theoretisch klar; Gewerbe kann auf Dauer nur funktionieren, wenn industrielle Kerne erhalten bleiben. Die Finanzkrise sollte uns doch zumindest das gelehrt haben. Ein Blick auf die Wirtschaft in Großbri-

tannien zeigt das. Doch zwischen Theorie und Praxis scheint es bei ihnen einen Unterschied zu geben. Sich zur Industrie zu bekennen, heißt sich auch zu den Schattenseiten zu bekennen. Denn Nachhaltigkeit kann nur funktionieren, wenn man sich zu den Folgen seines Tuns bekennt. Wenn da jemand schreibt, die Troisdorfer SPD verfare nach dem Motto „soll es denn Dioxin oder doch lieber Schwermetall sein“ so sage ich diesem Schreiber: Industriegesellschaften verursachen beides und noch viel mehr. Und alle die bei der Demo gegen die Evonik Pläne dabei waren gehören zu den Verursachern. Wir dürfen die Folgen unseres Tuns nicht der dritten Welt vor die Türe kippen, nein wir müssen schon selbst zur Lösung beitragen. Und wenn dann nachhaltiges Handeln bedeutet, man ist aus dem letzten Jahrtausend, dann bin ich gerne aus dem letzten Jahrtausend.

Ja, wir wollen das Gelände der IP Tro zu einem modernen Industriestandort entwickeln. Uns schwebt z.B. ein Kompetenzzentrum für Kunststoff vor. Der Kunststoff hat von Troisdorf aus seinen Siegeszug um die ganze Welt angetreten, wir sollten uns dazu bekennen und die Herausforderung die unser Kunststoffmuseum an uns stellt annehmen. Die *Hochschule Bonn/Rhein-Sieg* könnte da ein kompetenter Partner werden. *Nicht für die Vergangenheit, für die Zukunft wollen wir hier ein Kunststoff-Kompetenz-Zentrum zur Entwicklung von Kunststoff-Technologien schaffen.* Wir als Opposition können das nur anregen, sie Herr Bürgermeister müssten die Gespräche führen.

Die SPD Fraktion wird in der nächsten Woche eine öffentliche Anhörung zum Thema Industriepolitik durchführen. Mit den Ergebnissen werden wir den Hauptausschuss befassen.

Meine Damen und Herrn,

am Freitag hat der Rhein-Sieg-Kreis seinen Haushalt verabschiedet. Im Vorfeld gab es das gleiche Ritual wie jedes Jahr. Die Konferenz der Bürgermeister schrie auf und erklärte man wolle keinen Cent mehr Kreisumlage zahlen. Es war der auch im Kreis oppositionellen SPD Fraktion vorbehalten darauf hin zu weisen, dass auch der Landkreis wichtige Aufgaben hat, die finanziert werden müssen. Unser Vorschlag sah eine Erhöhung von 0,94 % in diesem und weitere, maßvolle Erhöhungen in den Folgejahren vor. Aber einem Vorschlag der SPD zu folgen, das ist für die dortige Mehrheit unvorstellbar. Und so wurden es doch fast 1,5%, ohne sich für die Folgejahre festzulegen. Das Verhalten der Bürgermeister führt dazu, dass man sie am Ende auf der Kreisebene nicht mehr ernst nimmt.

Mein Damen und Herren,

ich habe ihnen eingangs erläutert, dass es der CDU und der Stadt gut bekommen ist, dass sie als Mehrheitsfraktion unsere Positionen in vielen Bereichen übernommen haben. Es wäre gut für die Stadt, weniger für die SPD, wenn sie nun auch in der Stadtentwicklungspolitik einlenken würden. Der Aufzählung von Fehlleistungen müsste dann keine weitere hinzugefügt werden.